



foto: dpa/bockwoldt

Glyphosat macht Unkrautvernichtung einfach. Unbekannt ist, welche Mengen der österreichische Konsument über die unterschiedlichen Pfade der Nahrungskette davon konsumiert.

Forderung nach Verbot von Unkrautvernichtern

JOHANNA RUZICKA

5. Juni 2015, 12:55

Das weltweit meistverwendete Herbizid Glyphosat kommt endgültig in Verruf. Eine WHO-Studie erhärtet den Verdacht auf Krebserregung

Wien – Seitdem die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO (Weltgesundheitsorganisation) im April eine neue Studie vorgestellt hat, ist in Sachen Unkrautvernichtungsmittel Feuer am Dach. Glyphosat, das weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid, wird darin als "wahrscheinlich krebserregend" eingestuft. Diejenigen Personen, die mit dem Pestizid in Berührung kommen, haben ein erhöhtes Risiko, an Lymphdrüsenkrebs zu erkranken.

Seither wird der zuständige Landwirtschaftsminister André Rupprechter (ÖVP) von allen Seiten bestürmt, das Mittel in Österreich zu verbieten. Dieser will die Studienergebnisse "sehr ernst nehmen", sagte er kürzlich in einer Fragestunde des Nationalrats. Der grüne Agrarsprecher Wolfgang Pirkhuber hat einen Entschließungsantrag zum Verbot eingebracht; die Freiheitlichen eine parlamentarische Anfrage.

Das Problem mit glyphosathaltigen Unkrautvernichtungsmitteln ist, dass diese universell einsetzbar und in Gartencentern und Baumärkten problemlos erhältlich sind. Hobbygärtnern und Landwirten wird so suggeriert, dass es gesundheitlich unbedenklich ist.

Breiter Einsatz

Deshalb wird das Mittel in Österreich auch noch immer breit eingesetzt. Pirkhuber beziffert die Ausbringung in Landwirtschaft und privaten Gärten in Österreich mit stattlichen 170 Tonnen im Jahr - nach einer Höchstmenge von 500 Tonnen noch vor einigen Jahren.

Da es den Krebsverdacht bei Glyphosat bereits des längeren gab, gibt es doch einige Verbote bzw. Einschränkungen bei der Ausbringung: So darf das Mittel nicht mit einem Flugzeug über Felder ausgesprüht werden, dieses Verbot gilt in der ganzen EU. In einigen Bundesländern, beispielsweise in Oberösterreich, wird Glyphosat im öffentlichen Bereich, auf Straßen und Gehwegen durch die Straßenmeistereien seit über einem Jahr nicht mehr eingesetzt. Auch die ÖBB verzichten darauf bei der Unkrautvernichtung auf den Bahntrassen.

Ein weiteres Problem mit Unkrautvernichtungsmitteln allgemein ist, dass die Dunkelziffer bei Importen hoch ist und es auch zum Vertrieb illegal hergestellter Ware kommt.

Die EU-Betrugsbekämpfungsbehörde Olaf hat in ihrem jüngsten Jahresbericht 2014 auf einen spektakulären Fall in Polen im vergangenen Mai hingewiesen. Dabei gingen der Behörde Container mit mehr als 21 Tonnen illegaler Pestizide aus China ins Netz. Die Mittel, die in Verpackungen transportiert wurden, die wie gängige Markenartikel aussahen, waren für den EU-Markt bestimmt, so Olaf. (Johanna Ruzicka, 5.6.2015)